

Der Fraktionsbrief

04.11.2025 | Informationen der CDU-Fraktion im Kreistag Marburg-Biedenkopf | Ausgabe 03-2025



Liebe Leserinnen und Leser,

gerne möchten wir Sie mit unserem aktuellen Fraktionsbrief über die jüngsten Entscheidungen aus der Kreispolitik informieren.

In der Kreistagssitzung am 26. September 2025 haben wir final die Übernahme des Krankenhauses des Deutschen Roten Kreuzes in Biedenkopf durch den Landkreis Marburg-Biedenkopf beschlossen.

Durch die Insolvenz des DRK-Krankenhauses in Biedenkopf drohte eine Verschlechterung der Gesundheitsversorgung im Hinterland.

In 2024 wurden dort fast 3.700 stationäre Patienten behandelt. Das Krankenhaus ist Grundversorger für ca. 66.000 Menschen in der Region.

Für uns als CDU-Fraktion hat die Gesundheitsversorgung der Menschen im Landkreis oberste Priorität.

Wir haben uns daher dieser Aufgabe im Kreistag seit Februar 2024 gestellt und den Betrieb des Krankenhauses durch die Übernahme von Defiziten bis heute finanziell gesichert.

Durch die Übernahme sichern wir jetzt eine wohnortnahe ärztliche Versorgung gerade auch für ältere Menschen und ihre Angehörigen.

Damit ist die Übernahme des Krankenhauses eine Investition im Rahmen der

kommunalen Daseinsvorsorge direkt in die Gesundheitsversorgung vor Ort.

Wir übernehmen also kommunale Verantwortung für die Gesundheitsversorgung unserer Bürgerinnen und Bürger.

Letztlich sichert die Übernahme darüber hinaus standortnahe Arbeitsplätze, die rettungsdienstliche Versorgung und sie bedeutet eine Stärkung des Wirtschaftsstandortes Marburg-Biedenkopf.

Das ist auch in finanziell schwierigen Zeiten aus den zuvor genannten Gründen gut und richtig investiertes Geld für die Einwohnerinnen und Einwohner von Marburg-Biedenkopf.

Der Landkreis erfüllt mit der Übernahme des Krankenhauses weiterhin seinen Sicherstellungsauftrag nach dem Hessischen Krankenhausgesetz.

An dieser Stelle sagen wir insbesondere allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die ihrem Krankenhaus im Insolvenzverfahren die Treue gehalten, ja man kann sagen, die bis heute durchgehalten haben, herzlichen Dank für ihr unerbittliches Engagement für den Gesundheitsstandort in Biedenkopf.

Wir begrüßen, dass auch externe Partner und Leistungserbringer weiterhin eine Möglichkeit haben sollen, sich am Gesundheitsstandort in Biedenkopf aktiv einzubringen. Dabei sollte auch die Mitwirkung und Zusammenarbeit der Belegärzte berücksichtigt werden.

Auf der Tagesordnung der Kreistagssitzung standen natürlich noch weitere

Themen, und auch darüber möchten wir Ihnen, unseren Leserinnen und Lesern, gern berichten.

Herzliche Grüße

Ihr

Peter Hartmann, Fraktionsvorsitzender

Hinterland-Klinik in Biedenkopf – Kreistag stimmt zu

Der Biedenkopfer Politiker Markus Doruch sowie der Kreistagsfraktionsvorsitzende Peter Hartmann sprachen im Kreistag für die CDU zu, so Peter Hartmann, „einem der wichtigsten und herausragendsten Themen, mit denen sich der Landkreis in den letzten Jahren, wenn nicht Jahrzehnten, befasst hat.“

Das Thema Gesundheitsversorgung betrifft den Kreis in seiner Gesamtheit.



Er führte weiter aus, dass die Übernahme des Krankenhauses durch die Gründung einer Krankenhaus-Betriebsgesellschaft unter

dem Namen „Hinterland-Klinik gGmbH“ sowie der Errichtung eines Eigenbetriebes zur Bereitstellung der Grundstücke und der

Errichtung und Unterhaltung von Gebäuden mit dem Namen „Eigenbetrieb Hinterland-Klinik Immobilienverwaltung“ erfolge. Alleingesellschafter sei der Landkreis. Markus Doruch aus Biedenkopf, der in den letzten Jahren unzählige Gespräche mit den betroffenen Bürgerinnen

und Bürgern sowie den Beschäftigten geführt hat, ergänzte, dass das Krankenhaus ein wichtiger medizinischer Grundversorger für Biedenkopf sowie die umliegenden Kommunen, für ca. 66.000 Menschen im Hinterland, von größter Bedeutung sei. Das Krankenhaus in Biedenkopf leiste mit seinen Kooperationen auch Entlastungsfunktionen für andere Häuser, beispielsweise durch die enge Zusammenarbeit mit dem UKGM.



Der Übernahme des Krankenhauses wurde im Kreistag zugestimmt. Allein der Änderungsantrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen sorgte bei vielen Kreispolitikern für Irritation und Kritik und wurde mehrheitlich abgelehnt.

Kreistag stimmt für die Reaktivierung und den Ausbau der Bundeswehrekasernen im Ostkreis

Der CDU-Kreistagsabgeordnete Frank Gotthardt meldete sich zu dem von der Fraktion entwickelten Antrag im Kreistag zu Wort und beleuchtete, welche Bedeutung diese Frage für unsere Region hat.

Die Liegenschaften stünden seit vielen Jahren leer, jetzt sei der richtige Zeitpunkt in Gespräche zu gehen, sagte er. „Die Wiedereinrichtung der Heskaserne im Ostkreis unterstützt nicht nur die



Resilienz für den Landkreis, sondern hat durch die Ansiedlung von Soldatinnen und Soldaten und ihren Familien auch gesellschaftliche und wirtschaftliche Vorteile. Es gibt wesentliche gesellschaftspolitische, sicherheitspolitische und wirtschaftspolitische Aspekte, die diese Entscheidung stützen.“ Und weiter: „Wir leben in einer Zeitenwende, ich bitte um Ihre Zustimmung für diese wichtige Initiative.“

Seinem Appell folgte die Mehrheit der Kreistagsabgeordneten. Dem Koalitionsantrag wurde zugestimmt.

Bekenntnis zur Grundschule Bürgeln-Betziesdorf – damit aus Worten Taten werden

Dr. Horst Falk, der schulpolitische Sprecher der CDU-Kreistagsfraktion, ging in seiner Kreistagsrede auf den Konkurrenz-Antrag

der Koalition ein. „Wir reden nicht über ein Gebäude, wir reden über einen Ort, wo Kinder erste Schritte machen. Die eigene Schule ist für viele Menschen das Herzstück der Region.“ Und weiter: „Wir alle teilen das Ziel, den Schulstandort zu sichern, aber die Entscheidungen müssen auf eine fundierte Grundlage gestellt werden.“

Damit folgte er den Worten des Ersten Kreisbeigeordneten Peter Neidel, der darauf einging, dass durch den Ursprungsantrag von Bündnis 90/Die Grünen leider eine Schärfe in die Entwicklungen des Schulstandortes gebracht wurde. Er sagte: „Uns verbindet viel mehr, als es hier den Anschein gemacht wird. Vor einer Woche haben wir vor Ort über Lösungsmöglichkeiten diskutiert.“ Die Koalition betrachte mit der Studie zu den Kreisschulen den gesamten Bedarf im Landkreis.



Der schulpolitische Sprecher Dr. Horst Falk aus Dautphetal

Dr. Horst Falk sagte abschließend in seiner Rede: „Wir alle teilen das Ziel, die Zukunft des Schulstandorts Bürgeln-Betziesdorf zu sichern. Die Dringlichkeit erkennen wir ausdrücklich an.“ Aber gleichzeitig sei es die Aufgabe als Kreispolitiker, Entscheidungen auf eine fundierte Grundlage zu stellen.

Völkerfreundschaft oder chronifizierte provokante Einseitigkeit? – Dr. Schulte geht zum Antrag der Linken im Kreistag in den Diskurs

„Schreib mir einen Antrag im Kreistag zu kommunaler Zusammenarbeit mit Palästina. Wenn Sie diese Worte in ChatGPT oder Google KI eingeben, erhalten Sie ungefähr das, was als Antrag der Linken vor Ihnen liegt. Mit fünf Minuten Arbeitszeit haben Sie Gaza im Kreistag.“ „Sie haben recht: Gaza wühlt die Welt auf.“ Nicht nur gemessen am Völkerrecht müsse das Töten, Vertreiben und Zerbomben sofort aufhören, so Dr. Schulte.



Kreistagsabgeordneter Dr. Mirko Schulte aus Marburg

Israels Führung bedürfe intensivster Signale. Unsere einzigartige Verpflichtung gegenüber dem Staat Israel sperre das auch nicht. Aber dürfe man Bürgern und Wählern Solidarität versprechen, die nicht funktioniert? Der Antrag der Fraktion DIE LINKE habe einfach von der Internetseite der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) abgeschrieben:

Tourismuskonzepte, Wasserversorgung, Kulturaustausch, hoffnungslos veraltet, Projekte von vor 2018! Die Zeiten hätten sich seit dem Massaker der Hamas völlig geändert. „Wir sind nicht das Bundeskanzleramt, sondern das Kreishaus.“ Und es gebe Signale genug: Die EU-Menschenrechtskommission spreche von Genozid, hunderttausende Israelis ebenso. Es gebe EU-Sanktionen und die Kürzung von Waffenlieferungen. Bundeskanzler Merz sei mutig und in der Kritik. Aber das alles reiche bislang nicht. „Da sollen wir als Landkreis in Hessen mit Tourismus und Kulturaustausch auflaufen? Mit wem im Westjordanland oder Ost-Jerusalem sollen wir Staatsverträge oder schriftliche Projekte verhandeln?“

Kommunen dürften selbstverständlich Frieden und Völkerverständigung organisieren. Aber sie dürfen keine dem Bund widersprechende Außenpolitik betreiben. DIE LINKE wolle im Kreistag Weltpolitik machen und Entwicklungsministerium spielen. Noch deutlicher formuliert: Die Bundesregierung und die EU reiten täglich auf der Rasierklinge. Da sollen wir von hier Zwischentöne reinrufen und zum Spaltpilz werden?

Dr. Schulte: „Und da sind wir bei dem, was uns Christdemokraten ans Mark geht. Das ist diese ständige zynische Einseitigkeit bei der Darstellung der Opferseite. Die Verantwortung für Sicherheit von Israel und von jüdischem Leben in der Welt ist das historische Vermächtnis aus der Shoa, das Proprium unseres Grundgesetzes, unser

Herz und unsere DNA als CDU. Mit Ihrem Antrag wollen Sie uns als Christdemokraten entweder von Israel entfernen oder als autistische unbarmherzige Zuschauer inszenieren, wenn wir den Antrag ablehnen.“

„Warum beziehen Sie nicht Vertreter jüdischen Lebens ein? Warum beantragen Sie nie etwas, was die Dimensionen des Konfliktes annähernd berücksichtigt? Etwas, was den Blick für die gestiegene Gefahr des Gaza-Konflikts für jüdisches Leben hier schärft.“

DIE LINKE brauche nicht auf den Rat einer CDU-Fraktion zu hören. Aber sie könne zumindest ihre selbst produzierten KI-Ergebnisse beherzigen.

Diese Maschine sage beeindruckend empathisch, man solle bei Anträgen mit Projekten im Nah-Ost-Konflikt ausgewogen sein, weil sonst die Aussöhnung nicht funktioniere. „Und diese Ausgewogenheit streichen Sie ständig.“

Begegnung, Austausch und Versöhnung gebe es vor der Tür: Die Marburger Stiftung Hoffnung 13 von Katharina Eitel. Israelische und palästinensische Kinder machen Musik und Kunst zusammen. Gänsehaut – seit 2018.

„Sie haben uns Völkerfreundschaft in Ihren Antrag geschrieben. Mit dieser chronifizierten provokanten Einseitigkeit erreichen Sie uns nicht. Sie verärgern die Menschen.“

Der Antrag der Linken wurde letztlich mit großer Mehrheit abgelehnt.

Koalitionsantrag zur Unterstützung der Kommunen im Bereich des Zivil- und Katastrophenschutzes verabschiedet

„Krisen und Katastrophen sind keine abstrakten Szenarien mehr“, sagte der Kreistagsabgeordnete Marc Bastian aus Gladenbach. „Wir erleben sie hautnah – sei es durch Naturereignisse, technische Ausfälle oder internationale Entwicklungen, die bis in unsere Region hineinwirken.“ Es gehe in dem Antrag darum, Klarheit zu gewinnen:

- Wer ist in den Kommunalverwaltungen für den Katastrophenschutz zuständig?
- Welche Strukturen und Formen der Zusammenarbeit gibt es bereits?
- Wo bestehen Potenziale, die wir besser nutzen können?
- Wie lassen sich Förderprogramme einsetzen, um Schulungen und Weiterbildungen zu ermöglichen?
- Und inwieweit können Organisationen wie Feuerwehr, Hilfsdienste und auch unsere Volkshochschule dabei eingebunden werden?

Diese Fragen würden im Ernstfall über die Handlungsfähigkeit entscheiden. „Der Antrag schafft die Grundlage, um unsere Kommunen in dieser Verantwortung zu stärken – nicht durch zusätzliche Belastungen, sondern durch Unterstützung und Zusammenarbeit.“



Der Gladenbacher Kreistagsabgeordnete Marc Bastian, Vorsitzender des Arbeitskreises Gefahrenabwehr

Marc Bastian: „Wir nehmen unsere Verantwortung ernst und sorgen dafür, dass die Bürgerinnen und Bürger im Landkreis Marburg-Biedenkopf darauf vertrauen können, dass ihre Sicherheit in guten Händen liegt und wir gemeinsam mit den Kommunen an einem Strang ziehen.“

Wir müssen Lösungen vorbereiten, damit diese im Ernstfall ohne großen Vorlauf genutzt werden können.“

Unsere Kandidaten für die Kreistagswahl am 15.03.2026.

Auf den Listenplätzen 1 bis 3 finden sich unsere drei gleichermaßen bekanntesten Politikerinnen und Politiker, um unsere CDU Marburg-Biedenkopf gemeinsam in den Kommunalwahlkampf 2026 zu führen.

Für die weiteren Plätze bis zur laufenden Nummer 89 haben sich engagierte Menschen aus unserer Mitte gefunden, die be-



reit sind, sich in ihrer Freizeit 24/7 – 24 Stunden am Tag, 7 Tage die Woche – somit rund um die Uhr ehrenamtlich für ihre Heimat und ihre Mitmenschen einzusetzen.

Listenplatz	Name
1	Marie-Sophie Künkel MdL
2	Dirk Bamberger MdL
3	Thomas Groll
4	Peter Hartmann
5	Karin Lölkes
6	Dominic-Klaus Diessner
7	Dr. Horst Falk
8	Christiane Drha
9	Alexander Steiß
10	Moritz Koch
11	Elvira Thomas


12	Frank Gotthardt
13	Jürgen Berkei
14	Celine Lesch
15	Markus Doruch
16	Christian Weigel
17	Astrid Wichert
18	Dr. Mirko Schulte
19	Walter Horn
20	Werner Waßmuth
21	Doris Bethke
22	Thorsten Reinhardt
23	Hans-Dieter Georgi
24	Nazli Kavlo
25	Paul-Felix Weber
26	Anja Lagerwerf
27	Anna-Lena Steiß
28	Dr. Lukas Manuel Ranft
29	Dr. Jens Ried
30	Jochen Achenbach
31	Dietmar Menz
32	Carsten Immel
33	Burkhard Beppler
34	Markus Dörr
35	Jana Eucker
36	Heinz Kurt Müller
37	Dr. Harald Dörnbach
38	Holger Lesch
39	Jessica Arnold
40	Dirk Füssmann
41	Michael Dippel
42	Norbert Wanner
43	Joanna Ratuschny
44	Jörg Drescher
45	Stefan Völker
46	Luis Schuchhardt
47	Thorsten Scherer
48	Christiane Feisel

49	Manfred Möller
50	Phillip Knaack
51	Isabell Weber
52	Christoph Marburger
53	Nils Vaupel
54	Susanne Kappeller
55	Helge-Alexander Köhl
56	Justus Muckermann
57	Wolfgang Henseling
58	Peter Müller
59	Sven Hemer
60	Maria März
61	Siegmar Dannat
62	Lars Küllmer
63	Daniel Schneider
64	Mathias Lecher
65	Daniela Rode
66	Marion Eich
67	Hans-Dieter Schröder
68	Axel Schmidt
69	Barbara Feller
70	Anja Mock-Eibeck
71	Matthias Feuring
72	Cornelia Babel
73	Sarah Wiegand-Bock
74	Stefan Runzheimer
75	Elke Mayer
76	Andreas Feußner
77	Marc Bastian
78	Otto Kotke
79	Margarethe Könemann
80	Heinrich Müller
81	Rosemarie Lecher

82	Wolfgang Weigel
83	Philipp Starker
84	Hans-Hermann Ulrich
85	Janina Posch
86	Wilhelm Gockel
87	Norbert Boland
88	Marcus Schwarz
89	Dirk Ronzheimer

Wir wünschen allen Kandidatinnen und Kandidaten einen engagierten Wahlkampf und viel Erfolg!

Aus der Landespolitik für die Kreispolitik:



Copyright: CDU/Tobias Koch

HAUSÄRZTLICHE VERSORGUNG IN NEUSTADT GESICHERT

Für die CDU-Kreistagsfraktion hat die Gesundheitsversorgung der Menschen im Landkreis oberste Priorität. Fraktionsvorsitzender Peter Hartmann: „Wir freuen uns sehr, dass die Praxisnachfolge der allgemeinmedizinischen Praxis Schmidt/Strohm in Neustadt durch Dr. Stefan Pfeiffer gesichert werden konnte.“ Das Land Hessen fördert die Praxisübernahme mit rund 67.000 Euro.

CDU KREISTAGSFRAKTION MARBURG-BIEDENKOPF

Impressum:

CDU-Kreistagsfraktion Marburg-Biedenkopf, Gisselberger Straße 17, 35037 Marburg

Tel. 06421-22053 – E-Mail info@cdu-kreistagsfraktion-marburg-biedenkopf.de